



Datenschutzerklärung für die Beantragung einer Zuwendung zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur, der Vernetzung und Kooperation und weiterer Maßnahmen

Diese Datenschutzerklärung dient der Information der Betroffenen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten.

1. Name und Anschrift der verantwortlichen Stelle

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne des Art. 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ist:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
IV D - Regionale Strukturpolitik, Wirtschaftsförderung
Martin-Luther-Str. 105, 10825 Berlin
Telefonnummer: 030/ 9013 - 8328
E-Mail: mirko.jaekel@senweb.berlin.de

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Martin-Luther-Str. 105, 10825 Berlin
Telefonnummer: 030/9013-8431
E-Mail: datenschutz@senweb.berlin.de

3. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Verarbeitet werden folgende Kategorien von Daten:

- a) Kontaktdaten von Ansprechpersonen und weiteren verantwortlichen Personen; dazu gehören insbesondere Namen, E-Mail-Adressen, Telefonnummern und Fax-Nummern
- b) weitere im Rahmen des Antrags oder in den Anlagen übermittelte Daten, soweit diese Personenbezug aufweisen
- c) im Rahmen des Verwendungsnachweises übermittelte Daten, soweit diese Personenbezug aufweisen
- d) weitere im Rahmen des Verfahrens übermittelte Daten, soweit diese Personenbezug aufweisen.

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die personenbezogenen Daten werden gespeichert und für die Kommunikation sowie für eine nachvollziehbare Dokumentation des Verwaltungsvorgangs verwendet. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO in Verbindung mit § 44 Abs. 1 Landshaushaltsordnung Berlin (LHO).

5. Empfänger der personenbezogenen Daten

Eine Weitergabe personenbezogener Daten erfolgt nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Die Bewilligungen, die die Länder dem BAFA zur statistischen Erfassung übermitteln, werden vom Bund auf ihre Übereinstimmung mit den Förderregelungen geprüft, vgl. § 4 GRWG i.V.m 7.2.1 und 8.2.1 des Koordinierungsrahmens der GRW. Im Rahmen der Übermittlung werden ggf. auch personenbezogene Daten übermittelt.

Es besteht ein Prüfungsrecht des Rechnungshofes Berlin nach §§ 88 ff. LHO. Im Rahmen der Auskunftspflicht nach § 95 LHO werden ggf. auch personenbezogene Daten übermittelt.

Der Bundesrechnungshof ist berechtigt, die Verwendung der Zuwendung zu prüfen (§ 91 BHO i.V.m. § 7 GRWG). Im Zuge dessen werden im Rahmen der Auskunftspflicht nach § 95 BHO ggf. auch personenbezogene Daten übermittelt.

6. Speicherdauer

Die allgemeine Aufbewahrungsfrist beträgt 10 Jahre nach Abschluss des Vorgangs.

Nach Ende der Aufbewahrungsfristen werden die Unterlagen nach § 5 Abs. 1 des Archivgesetzes des Landes Berlin dem Landesarchiv Berlin angeboten, welches über die dauerhafte Archivierung der Unterlagen entscheidet.

7. Widerspruchsrecht

Betroffene, deren Daten auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e DS-GVO verarbeitet werden, haben das Recht, dieser Verarbeitung jederzeit zu widersprechen (Art. 21 DS-GVO). Im Falle eines Widerspruchs verarbeitet die verantwortliche Stelle die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, die verantwortliche Stelle kann zwingende schutzwürdige Gründe nachweisen, die gegenüber den Interessen der betroffenen Person überwiegen.

8. Weitere Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen den von der Datenverarbeitung Betroffenen darüber hinaus folgende Rechte zu:

Die betroffene Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Betroffenen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Betroffene die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO).

Wenn Betroffene von ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die verantwortliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsortes, ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes eines mutmaßlichen Verstoßes, zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin
Telefon: 030/13889-0; Telefax: 030/215 5050
E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Weitere Informationen können dem offiziellen Internetauftritt der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (<https://www.datenschutz-berlin.de>) entnommen werden.